

Wirtschaftskriminalität

Eine Darstellung der typischen Erscheinungsformen
mit praktischen Hinweisen zur Bekämpfung

von

Dr. Rudolf Müller

Oberstaatsanwalt

und

Dr. Heinz-Bernd Wabnitz
Richter am Landgericht



C.H.BECK'SCHE VERLAGSBUCHHANDLUNG
MÜNCHEN 1982

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII

1. Kapitel. Straftaten zum Nachteil von Banken und mögliche Mitwirkung von Kreditinstituten bei der Verübung wirtschafts- und steuerschädlicher Handlungen

I. Die Bank als Angriffsobjekt	1
II. Das Erschleichen und die Aufrechterhaltung von Krediten durch Täu- schung über die Kreditwürdigkeit und das Kreditrisiko (§§ 263, 265 b StGB).	1
1. Der Wechsel- und Scheckmißbrauch	1
a) Die Funktion des Wechsels	1
b) Das redliche Wechselgeschäft	2
2. Die Tatausführung	3
a) Der Gefälligkeitswechsel	3
b) Der Reitwechsel und die Wechseltauschringe	3
c) Der Kellerwechsel	5
d) Die Scheckreiterei	5
e) Der Umkehrwechsel (Akzeptantenwechsel)	6
f) Der Depotwechsel	7
3. Geschäftsbedingungen und Kontrollmaßnahmen der Bundesbank (Landes- zentralbanken) bezüglich des Ankaufs und der statistischen Erfassung des Handelswechsels	7
a) Der Regelfall	7
b) Sonstige Überwachungsmaßnahmen der Landeszentralbank	9
c) Sondervorschriften für Sparkassen	9
4. Strafrechtliche Beurteilung der unerlaubten Geldschöpfung durch Finanz- wechsel	10
5. Strafrechtliche Beurteilung der Scheckreiterei	11
6. Grenzen des zulässigen Ankaufs von Finanzwechseln und Prolongations- wechseln durch Kreditinstitute	12
7. Die Bemessung und Wiedergutmachung des Schadens beim betrügerischen Verkauf von „faulen Wechseln“	13
III. Der Lastschriftinzugsermächtigungs- und Lastschriftabbuchungs- verkehr	14
1. Allgemeines	14
2. Die typischen Lastschriftgläubiger	14
3. Die Abwicklung und Überwachung des Lastschriftverkehrs	15
4. Besonderheiten beim Abbuchungsverkehr	15
5. Formen des wirtschaftskriminellen Mißbrauchs des Lastschriftverkehrs	16
6. Strafrechtliche Beurteilung des Mißbrauchs des Lastschriftverkehrs	16
7. Täuschungshandlungen der Banken gegenüber vermeintlich Zahlungspflich- tigen	17

IV. Untreue im Bankbereich durch Vergabe von Großkrediten unter Berücksichtigung der Beleihungsrichtlinien	17
1. Allgemeines.	17
2. Kompetenzregelungen für Kreditvergabe.	18
3. Überprüfung der Kompetenz Verletzung.	20
4. Typische Verschleierungsmanipulationen bei eigenmächtiger und damit unzulässiger Kreditgewährung.	21
a) Garantieerklärung.	21
b) Bürgschaft.	22
c) Zeitliche Buchungsverschiebungen.	22
d) Die schwarze Buchführung.	22
5. Nichtbeachtung der Beleihungsrichtlinien.	23
a) Allgemeines.	23
b) Die Sparkassenbeleihungsrichtlinien als Orientierungshilfe.	24
6. Pflichtwidrigkeiten bei sonstigen Bankgeschäften.	25
7. Subjektive Tatseite bei Untreuehandlungen.	26
8. Der Anfangsverdacht.	26
V. Besonderheiten bei Subventionskrediten	27
1. Kriminelle Verhaltensweisen.	27
2. Einteilung der Förderungs- und Finanzierungshilfen.	28
a) Die Investitionszulage.	28
b) Der Investitionszuschuß.	29
c) Kombination von Investitionszuschuß und -Zulage.	30
d) Darlehen aus verschiedenen Förderungsprogrammen.	30
VI. Die Gefahren des Konsumentenkredits	31
1. Der Dispositionskredit.	31
2. Der Ratenkredit.	31
3. Der Abzahlungskredit.	32
4. Die Rolle unseriöser Kreditvermittler.	32
5. Die Schutzverbände für Kreditsicherung.	33
VII. Bankbezogene kriminelle Praktiken bestimmter Lohnsteuerhilfevereine	35
VIII. Ermittlungsmaßnahmen und die Beweissicherung bei Kreditinstituten	38
1. Allgemeines.	38
2. Die Unanwendbarkeit des sogenannten Bankenerlasses im Strafverfahren	38
3. Die einzelnen Ermittlungsmaßnahmen.	39
a) Auskünfte gem. § 161 a StPO.	39
b) Umfang der Durchsuchung und Beschlagnahme.	40
c) Besondere Beweismittel.	41
d) Bankinterne Informations- und Weisungsrechte.	41
4. Die Veruntreuung von Spareinlagen.	41
5. Die Mikroverfilmung.	42
2. Kapitel. Der Postscheckverkehr und die Beweismittelsicherung	
I. Das Postscheckgeheimnis	44
II. Aufbewahrungspflichten von Kontounterlagen	46

3. Kapitel. Die Insolvenzdelikte

I. Vorbemerkung	48
II. Die gesetzlichen Grundlagen	49
III. Begriffsbestimmung der Insolvenz	50
IV. Beurteilungsfaktoren bei Insolvenzdelikten	50
1. Allgemeines	50
2. Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi)	51
3. Die Auswertung der Konkursakten	52
a) Maßnahmen des Konkursgerichts	52
b) Konkrete Verdachtsmomente	53
4. Buchhaltung, Bilanzen und Geschäftspapiere als Erkenntnisquelle	55
a) Die Vorbereitung der Durchsuchungs- und Beschlagnahmeanordnung	55
b) Umfang der Beschlagnahme	56
c) Sicherstellung von Unterlagen bei Wirtschaftsprüfern, Angehörigen der steuerberatenden Berufe und deren Berufshelfern	56
5. Das Gewerbezentralregister	58
6. Die Auswertung der sichergestellten Unterlagen	58
V. Kriterien der Krise	59
1. Äußere Merkmale	59
2. Die Liquiditätsstufen	59
3. Die Liquiditätsanalyse	60
a) Das Bilanzschema	60
b) Liquidität I. Grades: Aktiva	60
c) Liquidität I. Grades: Passiva	62
d) Liquidität II. Grades	62
e) Liquidität III. Grades	62
f) Heranziehung der Bilanzhilfswerte	63
4. Die Überschuldung	63
VI. Ermittlungen nach festgestellter Krise	64
1. Fehlerhafte Formularanfragen	65
2. Umfeldermittlungen	66
3. Besondere Verteidigungsvorbringen	67
VII. Die „vorletzte“ Krise	68
VIII. Die geplante und gesteuerte Insolvenz	70
1. Allgemeines	70
2. Die Umfunktionierung des Konkursausfallgeldes	70
3. Die Auffanggesellschaft	71
4. Der Sicherungspool	72
5. Die Gegenmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit	73
6. Strafrechtliche Beurteilung	74

4. Kapitel. Straftaten durch unlauteren Wettbewerb

I. Die irreführende Werbung als Vorstufe der schweren Wirtschaftskriminalität	75
II. Presserechtliche Probleme	75
1. Kein Zeugnisverweigerungsrecht	75
2. Keine presserechtliche Verjährung	76

III. Verbraucherfeindliche Werbung gegenüber unerfahrenen Bevölkerungsschichten	78
1. Die Ankündigung von Mondpreisen	78
2. Der Nebentätigkeits- und Heimarbeitsschwindel	79
3. Das Chiffreinsert, ein Tarnmantel der Steuerhinterzieher und Verkaufsbücke „heißer Ware“	80
4. Die soziale Masche bei der Tür-zu-Tür-Werbung	82
5. Die Kaffeefahrten	84
6. Der Orientteppichschwindel	86
a) Der Zwangsversteigerungstrick	86
b) Der Verkauf angeblichen Sicherungsgutes	87
c) Der Ausverkaufsschwindel	88
7. Der Heil- und Arzneimittelschwindel	89
8. Die irreführende Kreditanpreisung	90
IV. Das Schmiergeldunwesen unter besonderer Berücksichtigung staatlicher und kommunaler Institutionen	94
1. Ausmaß der Bestechung und ihre Strafnormen	94
2. Die Krankenhäuser als Angriffsobjekt	96
a) Die Organisation	96
b) Die Beschaffung medizinischer Geräte	97
c) Die Pseudozugabe im ärztlichen Bereich	98
d) Die gutachtliche Tätigkeit	98
e) Die Kommissionszuwendung	99
f) Der nichtmedizinische Bereich	99
3. Die Bestechung im übrigen öffentlichen Bereich	100
4. Der Verrat von Geschäftsgeheimnissen (§ 17 UWG)	101
5. Kapitel. Die Wirtschafts- und Steuerkriminalität unter Einschaltung von Domizilfirmen	
I. Gründungsmotive	103
II. Oasenländer	104
III. Die Liechtensteinische Anstalt als Grundbeispiel einer Domizilfirma.	106
1. Der Gründungsakt	106
2. Die Statuten	107
3. Die Zessionserklärung	108
4. Die Blankozession	108
5. Der Verwaltungsrat	109
6. Der Repräsentant	110
IV. Weitere Gesellschaftsformen in Liechtenstein	111
1. Die Aktiengesellschaft	111
2. Das Treuhandunternehmen (Trust)	111
V. Die Stellung der Domizilfirmen im liechtensteinischen Wirtschaftsleben	112
VI. Beispiele für Aktivitäten von Briefkastenfirmen	113
1. Steuer- und Zollmanipulationen	113
2. Die außerfiskalischen Wirtschaftsdelikte	118

6. Kapitel. Die Aufklärung und Beweissicherung im Ausland

I. Der Rechtshilfeverkehr.124
1. Allgemeines.124
2. Rechtsgrundlagen.125
3. Unzulässige Rechtshilfe.126
4. Die Abgrenzung des Fiskaldelikts.127
5. Ausgehende Ersuchen zur Erlangung von Gegenständen.128
6. Die Zeugenvernehmung und die Beschaffung sonstiger Beweismittel.130
II. Ermittlungsverfahren gegen Verwaltungsräte und Repräsentanten.	132
III. Unmittelbarer Kontakt des Staatsanwalts mit ausländischen Zeugen	133
IV. Rechtsprechung des Schweizerischen Bundesgerichts zu Problemen der Rechtshilfe134
V. Probleme des Bankgeheimnisses in der Schweiz und in Liechtenstein	136
VI. Ermittlungen in Übersee.137
1. Die Domizilfirma auf den Bermudas.137
2. Die Rechtshilfemöglichkeiten (Paraguay und Bermudas).138

7. Kapitel. Die Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaften und Finanzbehörden

I. Ermittlungskompetenz und Feststellung einer Steuerstraftat140
1. Zuständigkeitsregelung.140
2. Begriff der Finanzbehörde.140
3. Die Bedeutung der Außenprüfung für das Ermittlungsverfahren.141
4. Die Mißachtung des Legalitätsprinzips in der Schlußbesprechung.141
5. Der „grüne Bogen“142
II. Die Abgabe eines Steuerstrafverfahrens an die Staatsanwaltschaft....	143
III. Die Ausübung des Evokationsrechts durch den Staatsanwalt145
IV. Die Mißachtung der Rechte des Finanzamtes durch den Staatsanwalt.	146
V. Der Ermittlungsauftrag des Staatsanwalts an die Finanzbehörden.	149
VI. Der Einsatz von Fahndungsbeamten bei allgemeinen Straftaten	149
VII. Der Mißbrauch der strafbefreienden Selbstanzeige (§ 371AO).150

8. Kapitel. Die Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden mit anderen Institutionen bei der Aufklärung von Wirtschaftsstraftaten

I. Öffentliche Institutionen153
1. Bundespost.153
2. Bundesbahn.153
3. Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen.154
4. Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft.156
5. Bundesamt für Finanzen.157
6. Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst beim Finanzamt Wiesbaden II.157

7. Bundeskartellamt	157
8. Zollkriminalinstitut	158
9. Hauptzollamt Hamburg-Jonas	159
10. Nachrichtendienste	159
11. Bundesanstalt für Arbeit	159
12. Industrie- und Handelskammern	160
II. Zusammenarbeit mit privaten Institutionen	160
1. Deutscher Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität e. V.	160
2. Verein zum Schutz der Verbraucher gegen unlauteren Wettbewerb	161
3. Zentrale zur Bekämpfung der Unlauterkeit im Heilgewerbe	162
4. Sonstige Organe der freiwilligen Selbsthilfe	162
9. Kapitel. Gesetzeslücken als Ursache neuer Formen der Wirtschaftskriminalität	
I. Allgemeines	164
II. Betrügerische Waretermingeschäfte	164
III. Der graue Arzneimittelmarkt	166
IV. Die Einschleusung, der Verleih und die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer	168